

Eckdaten

Adresse: Schöpfstrasse 19, 6020 Innsbruck

Telefonnummer (+Whatsapp): +436604757345

Emailadresse: ibus@aep.at

Homepage: www.aep-ibus.at

Beratungszeiten: Dienstags von 09:00-16:00, Donnerstags 09:00-13:00

Terminvereinbarungen außerhalb der regulären Beratungszeiten sind auch möglich und können nach Bedarf vereinbart werden. Beratungen sind vertraulich, anonym und kostenfrei.

Zielgruppe

Menschen, die aktiv in der Sexarbeit tätig sind oder waren.

Beratungsangebot

- aufsuchende Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit (Streetwork) zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen an den Arbeitsorten von Sexarbeiter*innen
- Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen bei uns im Büro (Schöpfstrasse 19)
- Informations-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit zu sozial-, rechtlichen- und gesundheitlichen Fragen bei den Gesundheitsuntersuchungen in den Bezirken

Sexarbeit

Wir sprechen von Sexarbeit, um einen akzeptierenden und unterstützenden Zugang gegenüber Sexarbeiter*innen begrifflich zu transportieren und um den Fokus auf die Forderung nach umfassenden Arbeits- und Sozialrechten für sexuelle Dienstleister*innen (Frauen, Transgender-Personen sowie Männer die in den sexuellen Dienstleistungen tätig sind) zu richten.

iBUS ist ein seit 2013 bestehendes Projekt der AEP-Familienberatungsstelle in Innsbruck zur Beratung, Unterstützung und Begleitung von Sexarbeiter*innen. Die Beratungsstelle iBUS bietet Personen, die im Bereich von sexuellen Dienstleistungen arbeiten oder gearbeitet haben, vertrauliche und anonyme Beratungen bei sozialen, rechtlichen sowie gesundheitlichen Belangen an und orientiert sich dabei an deren individuellen Bedürfnissen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung, Unterstützung und Ermöglichung der Autonomie, der Selbsthilfe und des Empowerments der Sexarbeiter*innen anhand von einem niederschweligen akzeptierenden Zugang zur Zielgruppe, durch aufsuchende Sozialarbeit sowie einem differenzierten Beratungs- und Unterstützungsangebot. Als Beratungseinrichtung und Interessensvertretung setzt sich iBUS für eine Entkriminalisierung und Anerkennung von Sexarbeit als Erwerbsarbeit ein. iBUS kämpft gegen die Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeiter*innen und engagiert sich für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Das geschieht durch intensive Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsarbeit sowie Vernetzungen mit Systempartner*innen und regelmäßigem Austausch mit der Polizei und der Politik.

Angebote für Sexarbeiter*innen

- **Streetwork/Aufsuchende Arbeit**

Aufsuchende Beratung und Gesundheitspräventionsarbeit in Bordellen sowie auf Gesundheitsämtern. Abgabe von „give aways“ (Tüten mit Kondomen, soft Tampons, mehrsprachigen Infomaterialien, etc.).

- **Beratung**

Ausgehend vom Grundsatz 'Hilfe zur Selbsthilfe' werden Beratungen und psychosoziale Unterstützung zu folgenden Themenschwerpunkten angeboten:

- Rechtliche und soziale Beratung (Aufenthalt, Migration, Diskriminierung, Sexualität)
- Arbeits- und sozialrechtlicher Schutz sowie tatsächliche Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Sexarbeit (legales Arbeiten, persönliche Meldepflichten, Steuerpflichten, Sozialversicherungspflichten, Landesgesetzliche Besonderheiten)
- Gesundheitsförderung und Prävention: Infektionsschutz, Safer-Sex-Praktiken und Empfängnisverhütung, Vorbeugung gesundheitlicher Risiken (Strategien zur Durchsetzung von Safer Sex Praktiken bei Kunden)
- Unterstützung bei Beziehungs- und Gewaltkonflikten
- Existenzsicherung

- Information und Unterstützung bei beruflicher Umorientierung sowie mehrsprachige arbeitsmarktbezogene Beratung im transkulturellen Kontext.

Die Beratungen sind vertraulich, anonym und kostenfrei und können nach Bedarf vereinbart werden.

Ausgangssituation

In Österreich gibt es in jedem der neun Bundesländer unterschiedliche gesetzliche Rahmenbedingungen. Für Tirol gilt, dass die Anbahnung und Inanspruchnahme von Sexarbeit außerhalb behördlich genehmigter Bordelle und Erlaubniszonen illegal und strafbar sind (für das Bundesland Vorarlberg gilt selbiges, allerdings ist dort kein einziges genehmigtes Bordell vorhanden). Sexarbeiter*innen, welche auf der Straße oder in eigenen Räumlichkeiten tätig sind, arbeiten illegal, erhalten aber, auf manchen Gesundheitsämtern, Zugang zu kontinuierlichen amtsärztlichen Untersuchungen, die durch den Bund sechswöchentlich vorgeschrieben sind (in Vorarlberg werden diese Untersuchungen derzeit, nicht angeboten).

Umfeld und Rahmenbedingungen, in denen Sexarbeit angeboten wird, sind äußerst komplex und es ist sehr schwierig die Zielgruppe, trotz erheblichem Bedarf, mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu erreichen. Ein Unterstützungs- und Beratungsangebot setzt unseres Erachtens einen akzeptierenden und nicht wertenden Ansatz voraus. Es gilt, bestehende Klischees und Vorurteile zu überwinden. Der konkrete Bedarf nach Unterstützung und Beratung kann letztendlich nur aus dem Blickwinkel betroffener Sexarbeiter*innen selbst formuliert werden. Das Hin- und Zuhören, eine wertschätzende Begegnung und die Anerkennung der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung betroffener Personen sind dafür Voraussetzung. Wichtig für die Vertrauensbildung sind auch „give aways“ –Säckchen mit Kondomen, Infobroschüren und anderen Arbeitsmaterialien – die wir im Rahmen der aufsuchenden Arbeit gratis an Sexarbeiter*innen verteilen und die als „ice breaker“ fungieren.

Sexarbeitende sind in Österreich – und auch in vielen anderen Ländern – von struktureller Gewalt betroffen. Gerade die Folgen der Coronakrise und aktuelle Diskussionen um ein mögliches Verbot von Sexarbeit durch ein Sexkaufverbot machen sichtbar, wie prekär die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen sind. Sie haben viele Pflichten zu erfüllen, jedoch wenig Zugang zu ihren Rechten. Restriktive Migrationsgesetze und -politik, fehlende Arbeitsrechte, Registrierungspflicht und verpflichtende Kontrolluntersuchungen sind dabei einige wesentliche Elemente. Die Gründe für Gewalt gegen Sexarbeiter*innen sind vielschichtig: Sexarbeiter*innen stehen in der gesellschaftlichen Hierarchie weit unten und werden nach wie vor als "unmoralische" Personen gesehen, die "Bestrafung" verdienen würden; im Vorarlberger Sittenpolizeigesetz wird dies, mit der Bezeichnung „gewerbsmäßige Unzucht“ besonders deutlich. Neben dem sozialen Stigma fördert aber auch die Illegalisierung und Kriminalisierung von Sexarbeit ein Klima, in dem Gewalt gegen

Sexarbeiter*innen toleriert bzw. normalisiert wird. Restriktive Migrationspolitik sowie diskriminierende gesetzliche Regelungen zur Ausübung der Sexarbeit entziehen Sexarbeiter*innen auf struktureller Ebene Menschen- und Grundrechte.

Sexarbeit in Innsbruck und die gesetzliche Lage in Tirol

Der Innsbrucker Straßenstrich wurde durch die restriktive Gesetzgebung ab 2016 zunehmend in den unsichtbaren Bereich verdrängt und ist seit 2018 so gut wie nicht mehr vorhanden. Verstärkte Einschränkungen – wie die 2017 eingeführte Novellierung des Landespolizeigesetzes – führen dazu, dass der Beruf der Sexarbeiter*in immer prekärer wird und ins Unsichtbare/Verborgene gedrängt wird. Die Novellierung des Landespolizeigesetz in Tirol zeigt eine regulative Haltung des Landesgesetzgebers gegenüber Sexarbeit und lässt eine, anderen europäischen und internationalen Entwicklungen (z.B. in Deutschland, Belgien oder Neuseeland) entsprechende, Entkriminalisierung sowie Liberalisierung nach wie vor zu wünschen über.

Anstatt Sexarbeit als gesellschaftliche Realität anzuerkennen und die Situation ihrer Ausübenden in den Mittelpunkt legislatischer Änderungen zu stellen, bedingte die Novellierung 2017 eine weitere Verschärfung des bestehenden Kontrollsystems.

Die Gesetzgebung ist vorwiegend an sicherheits- und ordnungspolitischen Zielsetzungen sowie Anrainer*inneninteressen orientiert, und nicht an dem Ziel, die Rechte von Sexarbeiter*innen zu stärken und zu schützen. Generell wird nach wie vor ein stark negatives Bild der Erwerbstätigkeit in der Prostitution vermittelt, welches aus stereotypisierenden und moralisierenden Inhalten ersichtlich wird. Einerseits werden SDL weiterhin als Kriminelle dargestellt, vor denen die Anrainer*innen geschützt werden müssen - andererseits wird die Gruppe der Sexarbeiter*innen als Opfer konstruiert, die schwach sind und gerettet werden müssen, wobei ein sehr stereotypisiertes Bild der Zielgruppe propagiert und hergestellt wird. Das Landespolizeigesetz von 2017 bringt keine Entkoppelung von Sexarbeit und Kriminalität, da Sexarbeit auch weiterhin im Landespolizeigesetz verankert bleibt. Dadurch wird ein Näheverhältnis der Sexarbeit zur Sphäre der Kriminalität festgeschrieben, welches die Zielgruppe weiterhin stigmatisiert. Verbote schützen Sexarbeiter*innen nicht und sind auch kein Beitrag zur Gleichberechtigung. Sie verhindern eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema und schaffen unsichere Arbeitsbedingungen. Durch das Landespolizeigesetz 2017 wurde die Ausübung von Sexarbeit noch weiter erschwert, womit die Gefahr von Übergriffen, Gewalt und Isolation verstärkt wird. In der Sexarbeit tätige Personen werden nach wie vor nicht als Dienstleister*innen gesehen, für die bezüglich des Arbeitsplatzes Dienstleister*innenschutzbestimmungen zu gelten haben.

Sicherheit in der Arbeit ist aber ein zentrales Thema, um Gewalt und Ausbeutung zu verhindern: selbstbestimmte Arbeitsmöglichkeiten und arbeitsrechtliche Absicherung, sichere Arbeitsplätze mit ausreichender sanitärer Infrastruktur, Freiheit bei der Kund*innenwahl und in der angebotenen Dienstleistung, kein Zwang zum Alkohol- oder Drogenkonsum, Zugang zu Safer Sex und Unterstützungsmöglichkeiten durch Vertrauenspersonen – das sind die Rahmenbedingungen, für die sich iBUS in Innsbruck

einsetzt und für die wir uns auch im Jahr 2024 in der Tiroler Landespolitik und in der Innsbrucker Gemeindepolitik stark gemacht haben.

Sexarbeit in Vorarlberg und die Gesetzliche Lage

Der § 4 des Vorarlberger Sittenpolizeigesetzes regelt die „gewerbsmäßige Unzucht“ und definiert die Rahmenbedingungen für die Ausübung von Sexarbeit im Land. Grundsätzlich ist die gewerbsmäßige Ausübung von Sexarbeit ohne eine entsprechende Bewilligung verboten. Das Gesetz verbietet sowohl die Ausübung von gewerbsmäßiger Unzucht als auch das Anbieten solcher Dienstleistungen, soweit keine ausdrückliche Erlaubnis der Behörden vorliegt.

Die Definition des „Anbietens“ im Gesetz umfasst jede Form der Anbahnung von sexuellen Dienstleistungen, sei es durch direkte Werbung oder andere Formen der Kontaktaufnahme.

Die Novellierung 2023 räumt Ausnahmen lediglich für Sexualassistenten für erheblich beeinträchtigte Personen (ab Pflegestufe 4), sofern diese in privaten Räumlichkeiten und unter fachlich qualifizierten Bedingungen durchgeführt wird, ein. Die Gesetzgebung sieht in diesem Bereich eine klare Trennung zwischen sozialrechtlich abgesicherten Dienstleistungen und der herkömmlichen Sexarbeit. Im Wesentlichen aber bleibt die Ausübung von Sexarbeit unter den gegebenen Vorschriften stark reguliert und eingeschränkt. Dies hat zur Folge, dass die Ausübung von Sexarbeit in Vorarlberg nunmehr faktisch illegal erfolgt.

Problematische Bezeichnung der „gewerbsmäßigen Unzucht“:

Die Begriffe „gewerbsmäßige Unzucht“ und „Anbieten von Unzucht“ aus dem Gesetz sind stark wertend und tragen zu einer Stigmatisierung der Sexarbeit bei. Der Begriff „Unzucht“ ist ein moralisch aufgeladener Ausdruck, der historisch mit der Idee von Unmoral und Kriminalität verbunden wurde. Diese Bezeichnung ist problematisch, weil sie die Arbeit von Sexarbeiter*innen weiterhin in einen moralischen und strafrechtlichen Kontext stellt und nicht als legitime Arbeit anerkennt.

„Unzucht“ ist eine veraltete und diskriminierende Begrifflichkeit, die keine neutralen oder professionellen Rahmenbedingungen für die Sexarbeit schafft. Diese problematische Terminologie führt unter anderem, zu einer negativen Wahrnehmung von Sexarbeit und trägt zur Stigmatisierung derjenigen bei, die in diesem Bereich arbeiten.

Die Sexarbeit in Vorarlberg kann ausschließlich im illegalen Bereich und damit im Verborgenen ausgeübt werden. Die restriktive Gesetzgebung, die unter anderem durch die Novellierung des Landespolizeigesetzes 2017 verschärft wurde, führt dazu, dass Sexarbeit nicht in einem regulierten und sichtbaren Rahmen stattfinden kann; damit werden Sexarbeiter*innen in die Illegalität gedrängt und sind somit gezwungen, ihre Arbeit versteckt und unter unsicheren Bedingungen auszuüben. Die Erreichbarkeit und der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu unseren Klient*innen wird dadurch, naturgemäß, erschwert.

Statt Sexarbeit als gesellschaftliche Realität anzuerkennen und entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Sicherheit und Rechte der Beschäftigten schützen, verstärkte das Gesetz die Stigmatisierung und Kriminalisierung der Sexarbeiter*innen.

Die Entkriminalisierung von Sexarbeit wird nicht, wie es in anderen europäischen Ländern, wie etwa in Deutschland oder Belgien, der Fall ist, gefördert. Die oben genannten, rechtlichen Bestimmungen erschweren den Zugang zu sicheren Arbeitsbedingungen und zu arbeitsrechtlichen Absicherungen, die für die Sicherheit der Sexarbeiter*innen essenziell wären.

Die aktuellen Gesetze verhindern eine notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Realität von Sexarbeit und schaffen unsichere, unter Umständen gefährliche Arbeitsbedingungen. Durch die illegalisierte Praxis steigt das Risiko von Gewalt, Ausbeutung und Isolation für Sexarbeiter*innen.

In diesem Zusammenhang betonen iBUS und der AEP abermals ihre Forderungen:

- Liberalisierung des Landespolizeigesetzes, um selbständiges Arbeiten in diesem Bereich zu gewährleisten und Abhängigkeiten von Bordellbetreiber*innen und dadurch die vorhandene Scheinselbständigkeit abzubauen.
- Errichtung einer Erlaubniszone auf Gemeindeebene, damit die in den unsichtbaren Bereich verdrängten Sexarbeiter*innen wieder legal dort arbeiten können.
- Keine weitere Illegalisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen, auch nicht indirekt durch eine Kundenbestrafung.
- Rechtliche Gleichbehandlung und Gleichstellung von Sexarbeiter*innen mit anderen Erwerbstätigen durch die Entkriminalisierung der Sexarbeit und entsprechende aufenthaltsrechtliche Änderungen.
- Schutz vor Prekarisierung, Diskriminierung, Sexismus und Rassismus.
- Sexarbeiter*innen sollen in politische Entscheidungsprozesse miteingebunden werden.
- Sexarbeiter*innen mit gleichem Respekt und Anerkennung behandeln wie andere Arbeitnehmer*innen auch.

Aufsuchende Soziale Arbeit & Beratung

Sexarbeiter*innen kommen, aufgrund der hohen Stigmatisierung, sehr selten von sich aus in eine Beratungsstelle. Es braucht daher eine regelmäßige aufsuchende, vertrauensherstellende Kontaktaufnahme an jenen Orten, an welchen die Sexarbeiter*innen tätig sind. Erreichbar sind diese in den behördlich bewilligten Bordellen, am Gesundheitsamt

sowie über Kontaktanzeigen im Internet bzw. Printmedien. Der Zugang zu Sexarbeiter*innen erfolgt über einen sehr niederschweligen und sozialarbeiterischen Ansatz – im illegalisierten sowie auch im legalen Bereich. Bei der aufsuchenden Arbeit werden geschulte Sozialarbeiterinnen eingesetzt, Informationen – an die Problematik der verschiedenen Settings des Sexgewerbes angepasst und in verschiedene Sprachen übersetzt – sowie qualitativ hochwertige Kondome und andere relevante Artikel (Intimpflege, Soft Tampons etc.) zu verteilen. Dadurch entsteht die Möglichkeit ein Vertrauensverhältnis zu schaffen, um die Thematik der sexuellen Gesundheit und des „Safer Sex“ anzusprechen sowie Zugang zu den Frauen mit einem spezifischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf (zu den Themen Gewalt, sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Fragen, berufliche Umorientierung, existenzielle Absicherung) zu bekommen.

Zielerreichung

iBUS ist eine Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen. Zentrale Aufgabe im Jahr 2024 war - wie die Jahre zuvor – das Herstellen von weiteren Infokontakten, die Beratung von Sexarbeiter*innen, sowie öffentliche Sensibilisierungsarbeit. Seit Anfang des Jahres 2024 werden diese Aufgaben auch für Vorarlberg übernommen.

Im Konkreten setzt sich dies aus folgenden Aufgaben zusammen: aufsuchende Arbeit in Betrieben und auf Gesundheitsämtern sowie an anderen einschlägigen Orten (in Vorarlberg), die persönliche, telefonische oder Online-Beratung von Sexarbeiter*innen (inkl. Behördengänge/Amtswege) sowie Bildungsarbeit, um gegen die Stigmatisierung von Sexarbeit zu kämpfen (Vorträge mit Publikum, Fotoausstellung, Multiplikator*innentraining, Universität Innsbruck/MCI etc.). Andere Tätigkeitsbereiche sind lokale sowie bundesweite Vernetzungstätigkeiten mit Systempartner*innen, der Polizei und der Politik und die Abwicklung von administrativen Tätigkeiten.

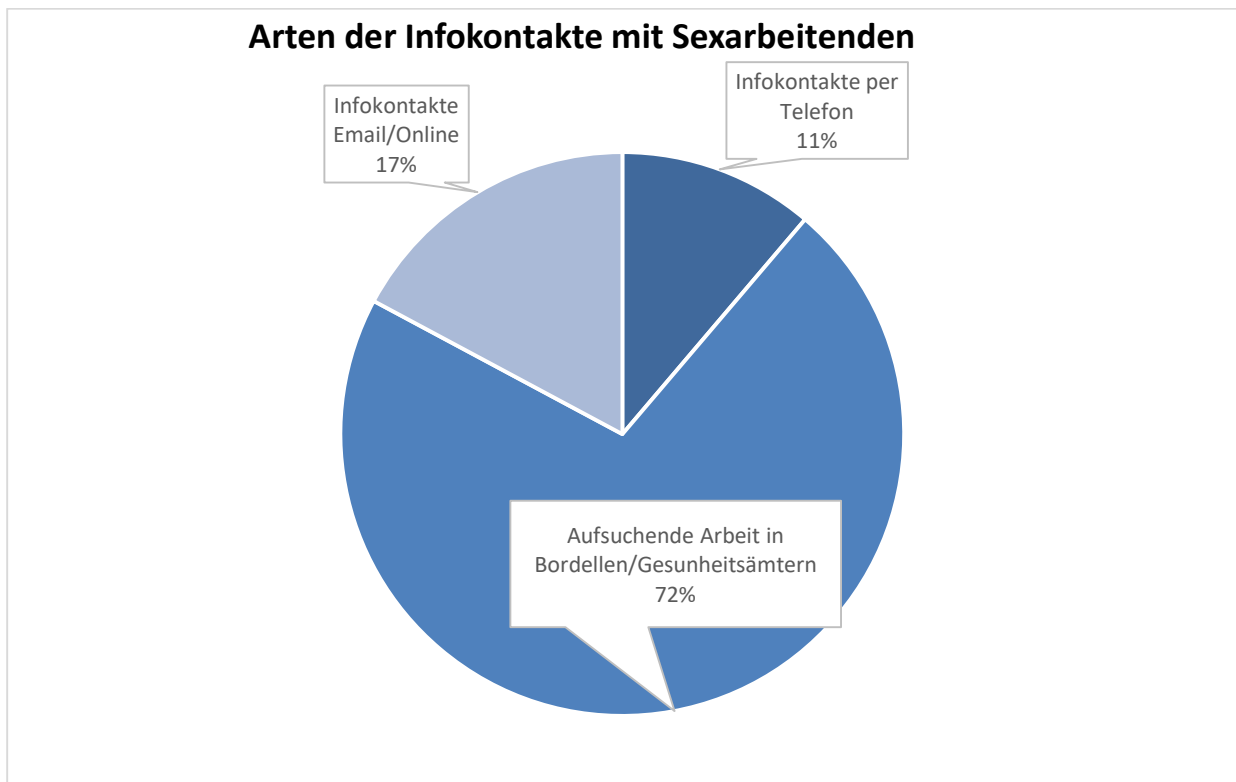
Neben dem sichtbaren legalen Bereich wurde das Arbeitsfeld auch in den ‚unsichtbaren‘ Bereich erweitert. Dies wurde einerseits durch Kontaktaufnahme per Telefon, per E-Mail und über Kontaktaufnahme in den einschlägigen Internetportalen erreicht. Unsere im Jahr 2021 stark ausgebaut und mehrsprachige Homepage erleichtert vielen Sexarbeitenden den Schritt, sich an uns zu wenden.

Der Zugang zu Sexarbeiter*innen in behördlich bewilligten Bordellen setzt die Kooperations-Bereitschaft von Bordellbetreiber*innen voraus – das bedeutet, dass vertrauensbildende Maßnahmen auf beiden Ebenen erforderlich sind. Die Praxis zeigt, dass es Kontinuität und weitere Arbeit benötigt, um diesen Zugang zu erhalten und auszubauen.

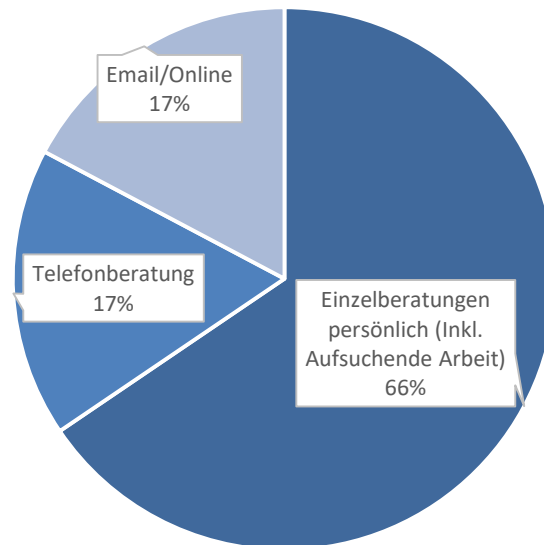
Angebote von außen werden anfangs mit großer Skepsis und Misstrauen wahrgenommen – sowohl von den Betreiber*innen als auch von den Sexarbeiter*innen selbst. Sexarbeiter*innen erleben Angebote manchmal auch bedrohlich, zumal ihre Tätigkeit weder gesellschaftliche Anerkennung findet noch durchgängig legal ist, letzteres fällt besonders in Vorarlberg auf wo es keine legale Möglichkeit gibt, in der Sexarbeit zu arbeiten.

Im Jahr 2024 kamen **1176 Infokontakte** mit Sexarbeiter*innen zustande, welche über das Beratungsangebot von iBUS informiert wurden. Dies ist hohe Steigerung gegenüber dem Vorjahr und ist auf die regelmäßige aufsuchende Arbeit und den Ausbau der Homepage sowie die Schaffung eines eigenen iBUS Instagram Accounts zurückzuführen.

Es fanden intensive Beratungsprozesse mit **232 Einzelberatungen** von **124 Sexarbeiter*innen** im Ausmaß von **173,75 Stunden** statt.



Arten der Einzelberatungen



■ Einzelberatungen persönlich (Inkl. Aufsuchende Arbeit) ■ Telefonberatung ■ Email/Online

Direkte Kontaktaufnahme mit Sexarbeiter*innen über:

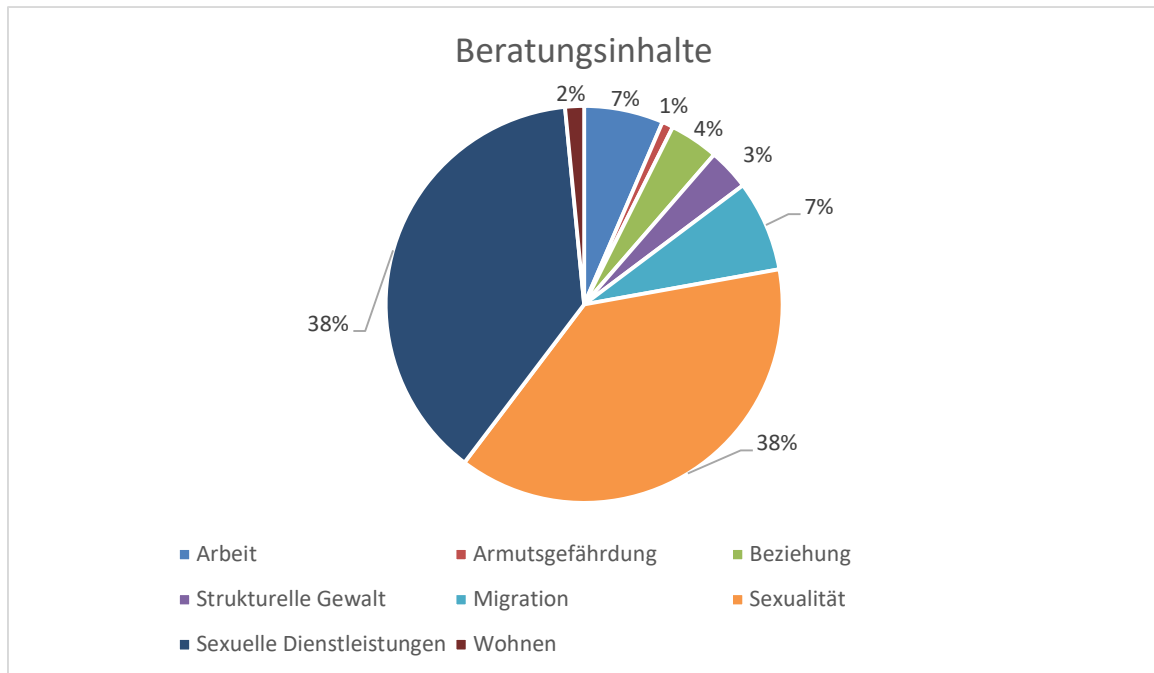
- Bordellbetriebe (hier erreichen wir Sexarbeitende aus 7 Betrieben)
- Gesundheitsuntersuchungen in den Bezirken (hier erreichen wir Sexarbeitende aus 2 Betrieben)
- SMS/Signal/WhatsApp/Instagram/Facebook
- Paket mit „give aways“ und Infomaterialien werden in Bordellen und Striplokalen sowie Gesundheitsämtern ausgeteilt

iBUS wird aktiv kontaktiert von Sexarbeiter*innen über:

- Infomaterialien von iBUS, die sie von uns auf dem Gesundheitsamt oder in den Betrieben erhalten haben
- iBUS Homepage: www.aep-ibus.at
- iBUS Instagram Account
- AEP Facebook Seite
- Aygonet - Onlineberatungstool
- Sexarbeiter*innen, die über andere Sexarbeiter*innen von iBUS gehört haben
- Sexworker Forum / www.sexworker.at
- Kund*innen von Sexarbeiter*innen
- Andere Beratungseinrichtungen / Netzwerk- und Kooperationspartner*innen

Beratungsinhalte der Beratungsprozesse

Die von iBUS durchgeführten Beratungen (persönlich, telefonisch, WhatsApp, Aygonet, E-Mail) hatten 2024 folgende Themenschwerpunkte:



Begleitungen:

iBUS führte 2024 Begleitungen zu folgenden Stellen durch:

Begleitungen zum Gesundheitsamt, zum Finanzamt, zur Polizei, zum Meldeamt, zum Stadtmagistrat und zur Bezirkshauptmannschaft.

Um den Zugang zur Zielgruppe zu erleichtern wurden 2024 folgende Aktivitäten zusätzlich oder verstärkt umgesetzt:

- Mehrsprachiger Ausbau unserer Homepage.
- Verstärkte Anfertigung und mehrsprachiger Ausbau von Infomaterialien.
- Vernetzung und bundeslandübergreifender Austausch mit anderen Beratungseinrichtungen für Sexarbeiter*innen, da bei der Zielgruppe eine hohe Mobilität vorhanden ist.

- Sensibilisierung der Vertreter*innen der Gesundheitsberufe und Einrichtungen von niederschweligen Angeboten bzgl. des Beratungs- und Unterstützungsangebotes von iBUS.

Öffentlichkeitsarbeit 2024

Bei der Zielgruppe handelt es sich um eine gesellschaftlich stark diskriminierte Gruppe von Personen. Neben der direkten Unterstützung von Sexarbeiter*innen ist der Abbau von Diskriminierung und Stigmatisierung erklärtes Projektziel von iBUS. Einrichtungen, Bezirkshauptmannschaften, Polizei, sowie Politiker*innen und interessierte Multiplikator*innen, Studierende, Universitäten, etc. sind dabei wichtige Systempartner*innen.

2024 wurden Mitglieder unterschiedlicher Anspruchsgruppen sensibilisiert und motiviert, sich aktiv für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen einzusetzen. Die Mitarbeiterinnen von iBUS stellen in diesem doch sehr spezifischen Arbeitsfeld die fachliche Expertise dar, da sie durch ihre aufsuchende Arbeit die tatsächlich vorherrschenden Probleme der Zielgruppe –wie nur wenige andere – kennen und sie mit jenen Herausforderungen, die auf einer theoretischen Metaebene zu bearbeiten sind, verknüpfen können.

Im Jahr 2024 lag unser Hauptaugenmerk in der Öffentlichkeitsarbeit darauf, die prekäre Situation von Sexarbeiter*innen infolge restriktiver Gesetze, besonders in Tirol und Vorarlberg zu thematisieren. Diese Gesetze begünstigen nicht nur eine geringe bzw. keine Auswahl an legalen Arbeitsplätzen, sondern fördern auch die Abhängigkeit unserer Klient*innen von Betreiber*innen und Dritten und führen zur in Tirol sehr weit verbreiteten Scheinselbstständigkeit, in Vorarlberg zur nahezu vollständigen Unsichtbarkeit. Darüber hinaus war es uns ein Anliegen, Sexarbeiter*innen selbst eine Stimme zu geben, um ihre Autonomie und Selbstbestimmung zu fördern.

Gewaltprävention für Sexarbeiter*innen

Gewaltprävention für Sexarbeiter*innen

Gewalt in der Sexarbeit kann, wie überall sonst, nicht ganz vermieden werden, jedoch verbessert sich die Lebenssituation von Sexarbeiter*innen, wenn sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Gesetze verbessern. Gesetze ändern sich in der Regel, wenn sich die gesellschaftliche Meinung ändert und eine sachliche Diskussion über die Missstände in der Sexarbeit geführt werden kann. Deshalb setzen wir hier an: Neben der direkten Unterstützung und Beratung unserer Klient*innen ist Sensibilisierungs- und

Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Eckpfeiler unserer Arbeit. Leider kommt dieser Aspekt oft aufgrund mangelnder finanzieller und personeller Ressourcen zu kurz.

Auf politischer und gesellschaftlicher Ebene ist es dringend erforderlich, die Thematik der Sexarbeit professionell, sachlich und frei von moralischen Vorbehalten zu behandeln. Nur so können wir den lang überfälligen rechtlichen Schutz für Sexdienstleister*innen garantieren und die strukturelle Gewalt eindämmen, der sie in ihrem Arbeits- und Alltagsleben ausgesetzt sind. Die strukturelle und kulturelle Gewalt im Bereich der Sexarbeit betrifft nahezu alle Sexarbeiter*innen und prägt die Arbeitsbedingungen und schafft Ausbeutungsstrukturen.

Wir sehen einen bedeutenden Fortschritt in Richtung Gewaltfreiheit und Chancengleichheit erst dann, wenn sich die etablierten diskriminierenden Strukturen ändern und eine Solidarisierung mit Sexarbeitenden erreicht werden kann.

Ein Anliegen unseres Projekts „Gewaltprävention für Sexarbeiter*innen“ umfasste die Stärkung von Sexarbeiter*innen in Tirol und die Förderung der Chancengleichheit. Es war uns wichtig, den Sexarbeiter*innen eine Stimme zu geben und sie in die Umsetzung der Maßnahmen einzubeziehen. Wir zielten darauf ab, Sexarbeiter*innen in ihrer Selbstbestimmung zu unterstützen, indem wir relevante Informationen vermittelten und Unsicherheiten aufgrund ihrer prekären Arbeits- und Rechtssituation abbauten.

Durch direkte Präventionsmaßnahmen und zielgruppengerechte Beratungsangebote und Workshops wurden unsere Klient*innen gestärkt und unterstützt. Außerdem haben wir mit einer Maßnahme die Kunden von Sexarbeiter*innen angesprochen und den Fokus auf die Prävention von sexueller Ausbeutung und Menschenhandel im Bereich der Sexarbeit gelegt.

Im Rahmen des Projekts "Gewaltprävention für Sexarbeiter*innen" setzen wir im Jahr 2023/24 auch aktive Strategien zur Prävention von struktureller Gewalt in der Sexarbeit durch Bewusstseinsbildung und Multiplikator*innenarbeit um. Unser Ziel war es, ein differenziertes Bild über die Arbeitsbedingungen, Ausbeutungsstrukturen und den Handlungsspielraum von Sexarbeiter*innen in Tirol und Vorarlberg aufzuzeigen. Sexarbeit ist eine viel diskutierte Thematik, bei der jedoch oft ein konkreter Einblick fehlt. Wir nutzten im Jahr 2024 unsere Expertise, Erfahrungen und Einblicke, um Multiplikator*innen-Trainings in Bildungseinrichtungen anzubieten. Dadurch sollten Aufklärung und Sensibilisierung über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen erreicht werden.

Unser Beitrag bestand auch darin, Mitarbeiter*innen im Feld, Multiplikator*innen und Systempartner*innen zu professionalisieren und die verschiedenen Aspekte struktureller Gewalt praxisnah zu erläutern. Wir wollten verbesserte Kenntnisse über die Dynamik von Gewalt vermitteln, die sich durch soziales Stigma manifestiert und eine entwürdigende Etikette oder Identität mit Sexarbeiter*innen verbunden ist, um sie symbolisch vom Rest der Gesellschaft zu trennen.

Wir haben verschiedene Zielgruppen erreicht, darunter die zivile Öffentlichkeit, gesellschaftspolitische Interessensträger*innen, Bildungseinrichtungen, Behörden und Multiplikator*innen. Unser Ziel war es, eine differenzierte Analyse gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen zu ermöglichen, Erfahrungen und Expertise weiterzugeben und einen kritischen Austausch mit Partner*innen zu fördern.

Wir strebten die Entstigmatisierung von Sexarbeit und deren Akteur*innen an und wollten einen enttabuisierten, akzeptierenden und sachlichen Austausch über die tatsächlichen Lebensrealitäten von Sexarbeiter*innen fördern. Durch gezielte Einladungspolitik bei Informationsveranstaltungen wollten wir die Vernetzung und den Austausch verschiedenster Stakeholder und Multiplikator*innen fördern.

Außerdem haben wir zur Vernetzung der Organisationen beigetragen, die österreichweit mit Sexarbeiter*innen arbeiten.



Multiplikator*innentrainings in Tirol

Wir haben im Jahr 2024 an folgenden Institutionen insgesamt 14 Trainings und Workshops angeboten:

Gender Master Uni Innsbruck, Soziologie Uni Innsbruck, Rechtswissenschaften Uni Innsbruck, Organisation Studies Uni Innsbruck, Pflegeschule St.Johann, Frauenhaus Schulung, ProGE Frauen, Tirol Kliniken Kompetenzzentrum Gewaltschutz 2 mal, Oberstufe Gymnasium Telfs

Multiplikator*innentrainings in Vorarlberg

FH Vorarlberg Soziale Arbeit, Gewaltschutzzentren Vorarlberg, Vernetzungsfrühstück Migrant*innen

Ein weiterer Teil unserer aktiven Maßnahmen der Prävention waren Polizeischulungen. Sexarbeit ist in Tirol im Landespolizeigesetz und in Vorarlberg im Sittenpolizeigesetz geregelt. Die Exekutive kontrolliert die Einhaltung der die „Prostitution“ betreffenden Gesetze. Wir wollen den bestehenden Kontakt zur Exekutive ausbauen und auch Polizeischüler*innen in der Polizeischule Gnadewald sowie in der Polizeischule Feldkirch

sensibilisieren. In Absam und Feldkirch konnten wir im Jahr 2024 insgesamt 5 Trainings durchführen, welche sehr gut angenommen wurden.

Entstigmatisierende Medienarbeit

Presseaussendungen führen dazu, das Thema in der Bevölkerung präsent zu halten. Dadurch kommt es regelmäßig zu Diskussionen und einer damit einhergehenden Enttabuisierung und Entstigmatisierung von Sexarbeitenden. Presseaussendungen sind somit ein wichtiger Beitrag, um nicht nur spezifische Personengruppen, sondern auch die breite Gesellschaft zu erreichen und zu einer Bewusstseinsbildung beizutragen. Wie geplant, wurden 3 Presseaussendungen geschrieben, übersetzt und veröffentlicht.

- 1. Presseaussendung: 03. März: International Sex Workers' Rights Day
- 2. Presseaussendung: 02. Juni: Internationaler Hurentag
- 3. Pressaussendung: 17. Dezember: Internationaler Tag gegen Gewalt an Sexarbeiter*innen

Empowerment für Sexarbeiter*innen - Workshop

Durch die hohe Stigmatisierung von Sexarbeit ist es Sexarbeiter*innen oft nicht möglich über ihren Beruf zu sprechen. Das kann sich sehr belastend auf unsere Klient*innen auswirken. Das Hauptziel dieser Veranstaltung, bestand darin, die Selbstwahrnehmung der Sexarbeitenden zu sich selbst und ihrer Arbeit zu stärken und einen Austausch zu ermöglichen sowie Erfahrungen von Peer zu Peer auszutauschen und den Zusammenhalt in der Gruppe der Sexarbeiter*innen zu stärken. Rechtliche, Soziale, Gesundheitliche und Wirtschaftliche Fragen konnten im Rahmen dieses Nachmittags ebenfalls geklärt werden. Für uns als Beratungsstelle sind Veranstaltungen dieser Art ebenso bereichernd, weil wir aus den Inhalten der Gespräche, Informationen über Anliegen und Bedürfnisse unserer Klient*innen gewinnen können und unserer Informationsmaterialien bzw. -Schwerpunkte, thematisch anpassen können.

iBUS Veranstaltungen und Presseaussendungen 2024

Wie bereits erwähnt ist die Öffentlichkeitsarbeit bedeutender Bestandteil unserer Arbeit da es essenziell für unsere Klient*innen ist, Entstigmatisierung von Sexarbeit in der Gesellschaft voranzutreiben. Ein vorurteilsfreier, verständnisvoller Zugang von

Einzelpersonen kann die Sicherheit in der Sexarbeit positiv beeinflussen, da es für Sexarbeitende dann möglich wird, sich bei Missständen an vertrauenswürdige Dritte zu wenden.

One Billion Rising 2024

Die FrauenLesbenVernetzung Tirol veranstaltet jedes Jahr in der Innsbrucker Innenstadt One Billion Rising. Wie jedes Jahr kümmert das iBUS-Team sich um die Technik.



Liederabend in Kufstein 02.03. mit Elisabeth de Roo Anmoderation und Podiumsdiskussion



ÜBER DAS HURENSTIGMA UND ANDERE GRAUSAMKEITEN

Elisabeth de Roo's Werk „Kein leichtes Mädchen. (Käuflicher) Liederabend“, ist ein Stück, bestehend aus Monologen und Kunstliedern. Es ist dem Thema Sexarbeit gewidmet. Das Stück wurde am 2.3.24 in Kufstein aufgeführt.

Die klassische Sängerin hat sich intensiv mit dem Beruf Sexarbeit, vor allem aber mit den Menschen, die diesen Beruf ausüben, auseinandergesetzt. Im Zuge ihrer Recherche hat sie mit vielen Sexarbeitenden und Beratungseinrichtungen u.a. iBUS gesprochen. Die gleichermaßen erschütternden, wie berührenden Erzählungen dieser Menschen flossen so zu einem Handlungsstrang zusammen und werden im Rahmen eines Liederabends aufgeführt. Aus den Ausführungen der interviewten Sexarbeiter*innen entstand die Geschichte einer jungen, alleinerziehenden und hochverschuldeten Mutter, die in der Sexarbeit eine Möglichkeit sieht, ihrer hoffnungslosen Situation zu entfliehen.

*„Ich sage voller Freude: „Ich bin Sängerin.“ Sexarbeiter*innen wagen es meist nicht auszusprechen, welchem Beruf sie nachgehen. Sie fürchten die gesellschaftliche Ausgrenzung, die Stigmatisierung.“ (Elisabeth de Roo, 2023)*

Unsere gemeinsame Veranstaltung am 2.3. ermöglichte interessierten Personen, im Anschluss an das Stück, mehr über die Entstehungsgeschichte und die Hintergründe des Stückes zu erfahren. Hierfür war eine Sozialarbeiterin der Einrichtung **iBUS** (Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen) im Podium, um Fragen dazu und anderen sexarbeiterspezifischen Fragen, zu beantworten.

iBUS-Pressesaussendung am 03.03.2024

iBUS-Pressesaussendung am 3.3.2024

Zum diesjährigen Internationalen Tag der Rechte von Sexarbeitenden wollen wir iBUS – Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen – auf die Gewalt gegen Frauen* und speziell die Gewalt gegen Sexarbeitende Personen eingehen.

Die sieben Frauen, die seit Beginn des Jahres 2024 aus unserer Mitte gerissen wurden, stehen stellvertretend für unzählige andere Opfer weltweit, die dem patriarchalen System und der Gewalt gegen Frauen* zum Opfer fallen und sind ein bitteres Zeugnis für das Versagen unserer Gesellschaft. Wieder einmal muss die traurige Realität anerkannt werden: Frauen, Trans-, Inter- Nonbinäre- und queere Personen sind aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer beruflichen Tätigkeit Zielscheibe brutaler Gewalt.

Der Verlust der drei Sexarbeiter*innen ist ein besonders schmerzhafter Beweis für die Gefahren, mit denen Sexarbeitende täglich konfrontiert sind. Diese Gruppe, die das wahrscheinlich älteste Gewerbe der Welt ausüben, kriegen den Hass gegen Frauen* schon seit tausenden von Jahren zu spüren.

Stigmatisierung, veraltete Moralvorstellungen und ein Mangel an sexueller Selbstbestimmung der besonders Frauen* betrifft, und die damit einhergehende Kontrolle

von weiblicher* Sexualität, führen dazu, dass die Sexarbeit immer noch weitgehend als verwerflich und lasterhaft angesehen wird.

Es gibt keine andere Möglichkeit als Sexarbeit als legale Erwerbsarbeit anzuerkennen, Sexarbeiter*innen in die Gesetzgebung miteinzubeziehen und sie respektvoll in unserer Mitte aufzunehmen, anstatt sie in die Unsichtbarkeit und damit in die Unsicherheit zu verdrängen. Nur Solidarität, Respekt und die Gewährleistung von Rechten können solche Schreckenstaten verhindern.

Wir rufen alle und besonders die österreichische Bundes- sowie die Tiroler Landesregierung dazu auf, sich gemeinsam gegen Gewalt und Diskriminierung einzusetzen und für eine Welt einzustehen, in der Feminizide und Gewalt gegen Frauen* und andere marginalisierte Menschen keinen Platz haben.

Wir fordern:

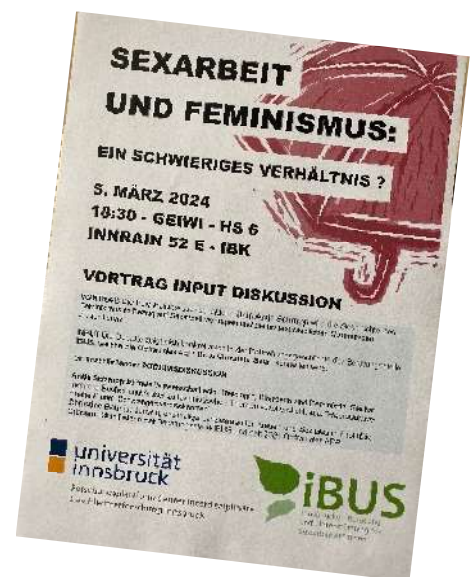
- eine ganzheitliche Sexuaufklärung, die Menschen aller Geschlechter über ihre Rechte, Körper und Beziehungen, sowie die anderer Menschen aufklärt
- umfassende Gewaltpräventionsmaßnahmen
 - den Ausbau bestehender Gewaltschutz- und Präventionsmaßnahmen
 - die Erhöhung von Fördermitteln
- die Ermöglichung von Hausbesuchen
- den Ausbau legaler Arbeitsmöglichkeiten
- Die Abschaffung der Zwangsuntersuchungen

Veranstaltung Sexarbeit und Feminismus 5.3.24

Feminismus und Sexarbeit: ein schwieriges Verhältnis? Vortrag, Inputs und Diskussion

Im Zeitraum zwischen dem 3. März – dem Internationalen Tag für die Rechte von Sexarbeiterinnen – und dem 8. März – dem Internationalen Frauen(kampf)tag – organisierten die Beratungsstelle iBUS (Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen) und das CGI (Center für Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck) einen Vortrag mit anschließendem Input und einer Podiumsdiskussion, um sich mit dem komplexen Verhältnis des Feminismus zum Thema Prostitution und Sexarbeit auseinanderzusetzen.

Die Veranstaltung setzte sich mit den kontroversen Debatten innerhalb der feministischen Szene auseinander, in denen die Ansichten über Sexarbeit weit auseinandergehen. Ein gängiger Slogan der feministischen Bewegung lautet "My Body, My Choice", was impliziert, dass Frauen mit ihrem Körper tun können, was sie wollen. Dennoch gibt es innerhalb des Feminismus unterschiedliche Positionen zur Sexarbeit: **Radikalfeminist*innen** betrachten Sexarbeit oft



als Ausdruck des Patriarchats und als unvereinbar mit einer geschlechtergerechten Welt. Andererseits vertreten viele Feminist*innen die Auffassung, dass das **Selbstbestimmungsrecht** der Frauen über ihre Körper nicht in Frage gestellt werden sollte, und dazu gehört auch die Entscheidung, Sexarbeit zu leisten.

Im Rahmen des Vortrags wurde **Dr.in Antje Schrupp**, freie Politikwissenschaftlerin und Feministin, die Geschichte des Feminismus in Bezug auf Sexarbeit beleuchten und die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Bewegung vorstellen.

Die Entstehungsgeschichte der **Beratungsstelle iBUS** wurde von **Dr.in Christine Baur**, Obfrau des AEP (Arbeiter*innen-Empowerment-Programm), vorgestellt. Dr. Baur erklärte, wie der AEP als ältester feministischer Verein Tirols (seit 50 Jahren aktiv) schon oft für seinen akzeptierenden, **queerfeministischen** Zugang zur **Sexarbeit** kritisiert wurde, insbesondere hinsichtlich der iBUS-Beratungsstelle.

In einer anschließenden **Podiumsdiskussion** wurde gemeinsam mit den Teilnehmerinnen erörtert, ob die unterschiedlichen feministischen Positionen miteinander vereinbar sind und was Sexarbeiter*innen tatsächlich brauchen, um ihre Rechte zu stärken und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Über die Vortragenden

- **Antje Schrupp** ist freie Wissenschaftlerin, Theologin, Bloggerin und Feministin. Sie hat mehrere Bücher und Artikel zu feministischen Themen veröffentlicht, darunter „Reproduktive Freiheit“ und „Schwangerwerdenkönnen“.
- **Christine Baur** ist Juristin, ehemalige Landesrätin für Frauen und Soziales in Tirol (Die Grünen), Mitinitiatorin der Beratungsstelle iBUS und seit 2021 Obfrau des AEP.

Die Veranstalterinnen

- **iBUS** ist eine Beratungsstelle für Sexarbeitende in Tirol, die seit 2013 besteht und einen akzeptierenden, **queerfeministischen** Zugang zur **Sexarbeit** verfolgt.
- **CGI (Center für Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck)** ist eine interfakultäre Organisationseinheit der Universität Innsbruck und die zentrale Anlaufstelle für **Gender Studies** an der Universität Innsbruck. Das CGI erforscht, theoretisiert und dekonstruiert Geschlechter und Geschlechterverhältnisse aus trans- und interdisziplinärer Perspektive.

Wandgemälde

iBUS konnte auch im Jahr 2024 ein Wandgemälde, in der Museumstraße 35, 6020 Innsbruck (Unterführung vom Pema-Turm zum Sillpark) gestalten. Im Rahmen der 50- Jahrfeier unseres Träger-Vereins, dem AEP, haben wir uns für eine Botschaft entschieden die alle Menschen, besonders Frauen* und Mädchen* betrifft. Auch in der Sexarbeit ist es unumgänglich dafür zu sorgen, dass Personen, die in diesem Bereich arbeiten, frei über ihre Körper entscheiden können. Das Wandgemälde konnte an einem Ort gemalt werden, an dem tägliche viele Menschen vorbeigehen.



Video 50 Jahre AEP

Zum Anlass des 50 Jährigen Bestehens unseres Trägervereins, wurde ein Video gestaltet. Es geht darin um die Entstehungsgeschichte des AEP und von iBUS. Es wurden die erste, die letzte und die derzeitige Obfrau interviewt. Sie berichten von Hürden und Erfolgen in den letzten 50 Jahren und darum, welche neuen Herausforderungen in der Zukunft zu bewältigen sein werden.

[Erzählte Geschichte – AEP – Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft](#)

iBUS-Pressaussendung am 02.05. 2024 - International Weltsexarbeiter*innentag

Pressaussendung 2. Juni 2024

Internationaler Hurentag

„Die Pflichtuntersuchung von Sexarbeitenden in Österreich muss fallen“



Anlässlich des diesjährigen Internationalen Hurentages, der seit 1975 jedes Jahr am 2. Juni begangen wird, kritisiert **PRO SEX WORK - Allianz für Sexarbeiter*innenrechte** - bestehend aus den Sexarbeiter*innen-Selbstorganisationen sexworker.at und Red Edition, sowie den Beratungseinrichtungen maiz (Linz), PiA (Salzburg), iBUS (Innsbruck), SXA-Info (Graz) und LEFÖ (Wien) – den stigmatisierenden und diskriminierenden Umgang mit Sexarbeiter*innen.

Nach wie vor sind Sexarbeitende von immenser Stigmatisierung, Diskriminierung und Kriminalisierung - nicht nur auf individueller, sondern auch struktureller Ebene, durch Behörden und Institutionen – betroffen.

Allen voran kritisieren wir die in Österreich, **als einzigem Land der Welt**, vom Gesetz vorgeschriebenen Pflichtuntersuchungen, dessen rechtliche Grundlage im Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten aus dem Jahr 1945 definiert war, und die von der WHO ¹ und weiteren Organisationen² als menschenrechtswidrig verurteilt werden.

Diese Form der verpflichtenden Untersuchung stellt aus folgenden Gründen Diskriminierung dar:

- Die Untersuchung wird von Sexarbeitenden als Eingriff in ihre Intimsphäre empfunden

¹ <https://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=80269#p80269>

² Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. – Deutschland, Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland, Bufas – Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeitende e.V. - Deutschland

- Ausschließlich diese Berufsgruppe muss sich in regelmäßigen Abständen dieser Testung unterziehen
- Bei diesem Vorgang handelt es sich lediglich um einen unvollständigen Kontrollvorgang (vaginaler Abstrich oder Urinprobe und Blutabnahme). Es erfolgen keine Diagnosen noch eventuell notwendige Behandlungen
- Als gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für die Untersuchung steht der Schutz der „Volksgesundheit“ (also der Kund*innen) im Fokus. Hierbei geht es nicht um das tatsächliche Wohl der Sexarbeitenden
- Es entsteht somit ein Unwissen über den tatsächlichen Gesundheitszustand der betroffenen Personen (Sexarbeitende sowie Kund*innen)
- Die nach diesem Procedere ausgestellten Kontrollausweise (“Deckel”, “grüne Karte”) stellen eine Outinggefahr für Sexarbeitende dar, da sich darauf ein Lichtbild sowie der bürgerliche Name der jeweiligen Person befindet

Außerdem werden dadurch weitere Misstände gefördert:

- Verletzen oder Ignorieren des Datenschutzes von Sexarbeitenden an den Arbeitsplätzen, in online Werbeportalen oder von den Behörden
 - in Betrieben (auf Betriebsebene) werden die Kontrollausweise abgenommen bzw. nicht zurückgegeben
 - Werbeagenturen verlangen den Kontrollausweis, bevor sie Inerate schalten (fehlender Datenschutz!)
 - Entzug des Kontrollausweises bei offensichtlicher Schwangerschaft, Weiterleitung des Ergebnisses bzw. einer positiven Testungen an Betreiber*innen statt an betreffende Sexarbeiter*innen
- Machtmissbrauch von Seiten der Kund*innen und Behörden
 - Forderung nach ungeschützten sexuellen Dienstleistungen durch Kund*innen, mit der Begründung, dass die sexarbeitende Person vermeintlich gesund ist
 - Gefahr von Erpressung, wenn ein*e Sexarbeiter*in keinen Kontrollausweis hat
 - rassistische und transfeindliche Praxen durch Behörden (zum Beispiel verweigern Ärzt*innen Trans- Sexarbeitenden die verpflichtende Untersuchung)

Daher fordern wir:

- Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Sexarbeiter*innen
- Die Abschaffung der Zwangsuntersuchung
- Weitere Maßnahmen zur Entkriminalisierung von Sexarbeit
- Entstigmatisierung von Sexarbeit auf allen Ebenen
- Beendigung diskriminierender, transfeindlicher, rassistischer und schikanierender Praxen durch Behörden und Institutionen
- Ausbau von Unterstützungsmaßnahmen unter Einbeziehung von Sexarbeiter*innen statt Repressionen

Filmabend mit Podiumsdiskussion, Corpus homini Leokino Innsbruck 11.11.24

Der Filmemacher Anatol Bogendorfer beleuchtet in seinem Film Corpus Homini verschiedene körpernahe Berufe, wie etwa Bestatter*innen, Hausärzt*innen, Hebammen und auch Sexualbegleiter*innen, und gibt Einblicke in die damit verbundenen Herausforderungen und Sensibilitäten. Die Sexualbegleitung/-assistenz, eine spezifische Form der Sexarbeit, richtet sich in erster Linie an Menschen mit Beeinträchtigungen. Der Unterschied zur klassischen Sexarbeit liegt daher hauptsächlich im Kund*innenkreis.



Nach der Filmvorführung fand eine Podiumsdiskussion statt, an der eine unserer Mitarbeiterinnen teilnahm, um sexarbeitsspezifische Fragen zu beantworten. Die Veranstaltung bot eine wertvolle Gelegenheit, das Bewusstsein für diese spezielle Form der Sexualbegleitung zu schärfen und die oft noch wenig bekannten Aspekte der Arbeit zu erklären. Sie trug dazu bei, Vorurteile abzubauen und das Verständnis für die Herausforderungen und die Bedeutung von Sexualbegleitung/-assistenz in der sozialen Arbeit zu fördern. *Es ist wichtig, auch die Perspektive der Sexualbegleiter*innen zu berücksichtigen, da ihre Arbeit mit besonderen An- und Herausforderungen verbunden ist.* Da die Auseinandersetzung mit beiden Seiten – den Bedürfnissen der Klient*innen und der Arbeitsrealität der Sexarbeiter*innen – entscheidend ist, um ein ganzheitliches Verständnis für diese spezielle Form der Sexarbeit zu entwickeln und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Deshalb war auch eine Mitarbeiterin der Lebenshilfe im Podium, um die Fragen die bezüglich der Personen, die die sexuellen Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu beantworten.

Ask a Sexworker 13.11. in der Bäckerei

Im Rahmen unseres Engagements, Sexarbeitende in politischen Entscheidungsprozessen zu integrieren und ihre Expertise aktiv einzubringen, konnten wir ein *Ask a Sexworker*-Event veranstalten. Ein zentrales Anliegen dieses Formats ist es, nicht für unsere Klient*innen zu sprechen, sondern ihnen eine Plattform zu bieten, um selbst ihre Erfahrungen und Perspektiven zu teilen. Zu Gast waren Em und Jason vom *Queer Sexworkers Collective*, die im Rahmen der Veranstaltung ihr Kollektiv vorstellen und Fragen zu verschiedenen Aspekten der Sexarbeit beantworteten konnten. Im Mittelpunkt standen Themen wie die Auswirkungen von Gesetzen auf ihren Arbeitsalltag, Einblicke in den allgemeinen Arbeitsalltag von Sexarbeitenden und spezifische Herausforderungen der Sexarbeit im queeren Bereich. Ein weiterer wichtiger Fokus lag darauf, wie sich Sexarbeitende gegenseitig unterstützen und organisieren können sowie welche Art von Unterstützung sie aus der Zivilbevölkerung benötigen. Das Event bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, die Perspektiven und Expertise von Sexarbeitenden aus erster Hand zu erfahren und förderte einen offenen Austausch über die vielfältigen Realitäten dieser Arbeit.



Filmabend mit Podiumsdiskussion, *Corpus homini* Spielboden Dornbirn 15.11.24



Auch in Vorarlberg waren zwei unserer Mitarbeiterinnen bei der Filmvorführung anwesend und anschließend, gemeinsam mit einer Sexualbegleiterin und zwei Vertretern von VISS (Vorarlberger Initiative Selbstbestimmter Sexualität), im Podium vertreten. Hauptsächlich wurde zum Thema Sexualbegleitung/-assistenz diskutiert. Es wurden aber auch Fragen zur Sexarbeit im Allgemeinen geklärt und Diskussionen zum Thema Selbstbestimmung geführt. Zudem konnte iBUS einen Infostand betreuen und, vor und nach der Veranstaltung mit Einzelnen Personen aus dem Publikum, ins Gespräch kommen.

Presseaussendung zum 17.12. 2023



Stopp der strukturellen Gewalt an Sexarbeiter*innen

Internationaler Tag gegen Gewalt an Sexarbeiter*innen

Anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Sexarbeiter*innen am 17.

Dezember macht die Allianz Pro Sexwork auf die vielfältigen Formen von Gewalt und Diskriminierung aufmerksam, die Sexarbeiter*innen tagtäglich widerfährt.

Diese Gewalt umfasst physische, psychische und sexualisierte Übergriffe in

Zusammenhang mit Sexarbeitsfeindlichkeit, sowie institutionelle und strukturelle Formen

der Diskriminierung. Sie ist tief in rassistischen, frauenfeindlichen und transfeindlichen

Strukturen verwurzelt, die durch gesellschaftliche Moralvorstellungen, restriktive Gesetze und diskriminierende Praktiken von Behörden und Institutionen zusätzlich

verstärkt werden.

Die Allianz Pro Sexwork positioniert sich klar gegen ebendiese Strukturen, die gewaltvoll auf den nach wie vor stark ethnisierten und feminisierten Bereich der Sexarbeit einwirken und insbesondere migrantische und rassifizierte Sexarbeiter*innen stärker gefährden.

Die systematische Diskriminierung von Sexarbeiter*innen durch institutionelle, rechtliche und soziale Strukturen verdeutlicht die strukturelle Gewalt, denen sie ausgesetzt sind:

1. Rassistische, frauen- und transfeindliche Stereotype beeinflussen die gesellschaftliche Wahrnehmung von Sexarbeit und führen dazu, dass Sexarbeiter*innen oft diskriminiert werden. Sie werden häufig entweder als Verdächtige oder als Opfer dargestellt, während ihre Autonomie, Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung systematisch in Frage gestellt werden.

Obwohl Sexarbeit in Österreich als legale Erwerbstätigkeit geregelt ist, behindern eine restriktive Migrationspolitik und polizeiliche Kontrollen die gesellschaftliche Teilhabe von Sexarbeiter*innen und verstärken ihre Stigmatisierung. Diese Bedingungen schaffen ein Umfeld, das Gewalt gegen Sexarbeiter*innen fördert und legitimiert.

2. Sexarbeiter*innen mit Migrationsbiografie sind häufiger von Kriminalisierung, Stigmatisierung, Diskriminierung und rassistischen Zuschreibungen durch Behörden, Institutionen und die Gesellschaft betroffen. Diese Dynamiken führen dazu, dass viele Sexarbeiter*innen kein Vertrauen in Institutionen haben und sich sozial isoliert fühlen.
3. Die verpflichtenden Kontrolluntersuchungen für Sexarbeiter*innen sind ein Nährboden für Diskriminierung und Stigmatisierung, stellen einen massiven Eingriff in die sexuelle Selbstbestimmung und Intimsphäre von Sexarbeiter*innen dar und dienen der Kontrolle ihrer Körper.

Eine positive Testung auf HIV bedeutet für Sexarbeiter*innen ein lebenslanges Berufsverbot, auch wenn die Viruslast unter der Nachweisgrenze liegt und somit nicht übertragen werden kann. Dies stellt eine immense Diskriminierung HIV-positiver Sexarbeiter*innen dar.

Wir fordern:

- Strikte Unterscheidung zwischen Menschenhandel und Sexarbeit
- Entkriminalisierung der Sexarbeit und allumfassende Partizipation von Sexarbeiter*innen bei Entscheidungsprozessen
- Abschaffung der verpflichtenden, diskriminierenden Kontrolluntersuchungen
- Schaffung, freiwilliger, umfassender und kostenloser Gesundheitsangebote für alle
- Beendigung rassistischer Migrationspolitik
- Abbau rassistischer und transfeindlicher Strukturen in Institutionen
- Beendigung diskriminierender Gesetze und exzessiver Kontrollen
- Aufhebung des lebenslangen Berufsverbots für HIV-positive Sexarbeiter*innen

iBUS Podcast



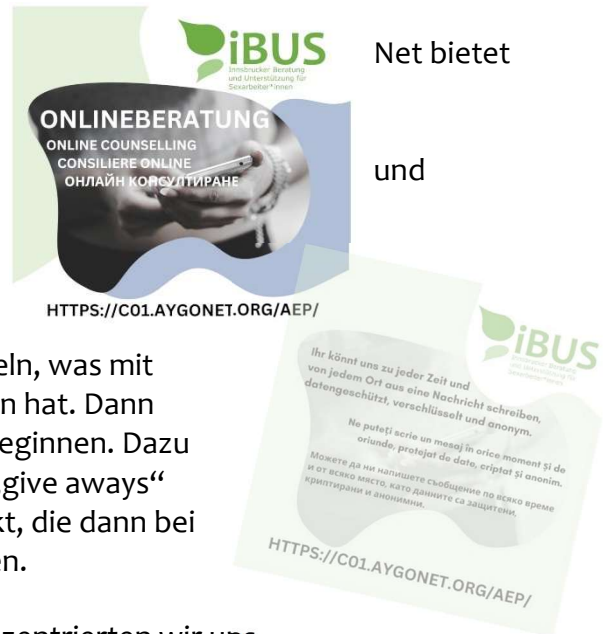
Unser Podcast ist eine Initiative, die sich mit verschiedenen Facetten der Sexarbeit auseinandersetzt und gleichzeitig eine Plattform für offene Diskussionen, Informationen und persönliche Geschichten bietet. Die Podcast-Reihe, bestehend aus bisher sechs Folgen, beleuchtet vielfältige Aspekte der Sexarbeit, von struktureller Gewalt bis hin zu persönlichen Erzählungen von Sexarbeitenden und Personen aus dem Umfeld von Sexarbeitenden. Wir konnten im Jahr 2024 drei weitere Folgen für unseren iBUS-Podcast produzieren und den Podcast so auf neun Folgen erweitern.

- **Noah ein Call-Boy im Gespräch:** in Diskursen zur Sexarbeit wird oft vergessen, dass nicht nur Frauen in diesem Bereich tätig sind, sondern Personen aller Geschlechter. Noah erzählt uns aus seinem Arbeitsalltag als Call Boy, warum er sich entschlossen hat, in diesem Bereich zu arbeiten und warum er seine Arbeit liebt. Es werden Geschlechterverhältnisse thematisiert und auf Unterschiede in der Bewertung von Sexarbeit eingegangen.
- **Son of a Mother:** in dieser Folge spricht der Sohn einer Sexarbeiterin über die weitreichenden Folgen der Stigmatisierung und Verdrängung von Sexarbeit in unserer Gesellschaft. Er teilt seine Perspektiven zu Selbstbestimmung und Frauenrechten im Allgemeinen und spricht sich für eine Verbesserung der Situation von in der Sexarbeit tätigen Personen aus
- **Die dickste Domina Deutschlands:** Jana erzählt von ihrer Entscheidung als Domina zu arbeiten. Sie berichtet von den Vorteilen, die sie für sich aus dieser Arbeit ziehen kann. Es geht um Hürden, gesellschaftliche Akzeptanz und Body Positivity sowie um die zentrale Forderung nach Selbstbestimmung und Anerkennung.

Der "iBUS Sexarbeit Podcast" hat das Ziel, die Vielfalt der Sexarbeit darzustellen, Vorurteile zu hinterfragen und die Stimmen von Sexarbeitenden zu stärken. Die einzelnen Folgen bieten eine Informationsquelle für ein breites Publikum und tragen zur Aufklärung über die Realitäten der Sexarbeitsbranche bei.

Onlineberatung

Im Zuge der Digitalisierung und der steigenden Nachfrage nach Online-Beratungsdiensten haben wir uns dazu entschieden, eine Online-Beratungsstelle mit Aygo Net einzurichten. Aygo eine benutzerfreundliche Plattform für die Durchführung von Online-Beratungen und unterstützt uns dabei, unseren Service effektiv professionell anzubieten. Aygo Net ist ein äußerst sicheres Tool das Datenschutzrichtlinien optimal umsetzt. Nach Abschluss der Schulung mussten wir unsere Beratungsstelle selbständig einrichten und Praxiserfahrung mit Aygo Net sammeln, was mit Übungseinheiten innerhalb des Teams stattgefunden hat. Dann konnten wir online gehen und mit der Bewerbung beginnen. Dazu haben wir Flyer gestaltet und gedruckt und zu den „give aways“ (Säckchen mit Kondomen und Info-Material) gepackt, die dann bei der aufsuchenden Arbeit verteilt wurden und werden.



Net bietet

und

Nach dem Einrichten der Plattform in Jahr 2023, konzentrierten wir uns im Jahr 2024 auf die Bewerbung und die optimale Umsetzung unseres Online-Angebotes. Es konnten wirksame Strategien zur Durchführung von Online-Beratungseinheiten entwickelt und umgesetzt werden.

Allgemeine Vernetzungstätigkeit 2024

AG Länderkompetenzen am in St.Pölten: iBUS ist Mitglied der Arbeitsgruppe Länderkompetenz Prostitution des Bundeskanzleramtes. Sie dient sowohl der fachlichen Vernetzung und dem regelmäßigen Wissensaustausch als auch der Diskussion von Lösungsmöglichkeiten. In der AG sind derzeit alle Bundesländer vertreten. Das vertretene Berufsspektrum umfasst Expert*innen aus der Exekutive, Rechtsabteilungen, Genehmigungs- und Gesundheitsbehörden, Frauenabteilungen, dem (sozialarbeiterischen) Beratungsbereich sowie der Wissenschaft.

- Regelmäßige Teilnahme an der **FrauenLesbenvernetzung** (AEP, ArchFem, Aranea, Autonomes FrauenLesben Zentrum, Autonomes Frauenhaus Tirol, DOWAS für Frauen, Frauen aus allen Ländern, Frauen gegen VerGEWALTigung, Frauenreferat der Diözese Innsbruck, Frauen im Brennpunkt, Gleichbehandlungsanwaltschaft Regionalstelle für Tirol, Vorarlberg und Salzburg, iBUS, Kinovi[sie]on, Netzwerk ö. Frauen- und Mädchenberatungsstellen in Innsbruck)

- **Netzwerk - Beratungseinrichtungen für Sexarbeiter*innen Österreich.** Zwei Vernetzungstreffen mit anderen österreichischen Organisationen, die im gleichen Bereich - der Beratung von Sexarbeiter*innen - tätig sind (maiz, PIA, LEFÖ, SXA-Info, der Selbstorganisation migrantischer Sexarbeiter*innen Red Edition und Sexarbeiter*innen Plattform sexworker.at)
 - **SPAK (Sozial politischer Arbeitskreis):** sozialpolitische Arbeit zusammen mit unterschiedlichen Vereinen (Dowas, Diakonie Flüchtlingsdienst, Frauenhaus, Z6, etc) der sozialen Arbeit in Innsbruck. Auch hier finden politische Treffen statt.
 - **Vernetzungsfrühstück Migrant*innen:** Vernetzungsveranstaltung für alle Sozialeinrichtungen die mit dem Thema Migration in Zusammenhang stehen.
 - Vernetzung mit weiteren lokal- und regional agierenden Vereinen und Kooperationspartner*innen.
-
- Runder Tisch Austauschtreffen Polizei Gerhard Frech
 - Ak Schwangerschaftsabbruch
 - Pro Sexwork – Allianz für Sexarbeiter*innenrechte
 - Nora TSD
 - BUFAS
 - Fachberatungsstellen für Sexarbeit – bundeslandübergreifende Vernetzung
 - Clean
 - VISS/Reiz
 - FH Vorarlberg
 - lilawohnt
 - Zentrum Sexuelle Gesundheit
 - Frauenhaus Tirol
 - Pflegeschule St. Johann
 - Austauschtreffen Polizei Vorarlberg
 - Verein Femail
 - Verein Okay
 - Polizeischule Feldkirch
 - Amazone Vorarlberg
 - Gewaltschutzzentren Vernetzungsfrühstück Migrant*innen Vorarlberg